

Volkszeitung

Nr. 21. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich früh. An den Sonntagen wird die reichhaltige „Illustrierte Beilage zur Lodzer Volkszeitung“ beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.— Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Hof, Unt.
Tel. 36-90. Postfachkonto 63.508
Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 5 bis 6.
Telefon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltenen Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltenen Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnachrichten und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: **Megandrow:** Ferdinand Schlichting, Wierzbinska 16; **Wlasytok:** B. Schwabe, Stoleczna 43; **Konstantynow:** J. W. Modrow, Duga 70; **Ozorkow:** Oswald Richter, Neustadt 505; **Sabianice:** Julius Walta, Cienkiewicza 8; **Tomaszow:** Richard Wagner, Bahnstraße 68; **Zbuszka-Wola:** Berthold Kluttig, Zlota 43; **Zgierz:** Eduard Stranz, Rynek Kilmflego 13; **Zyrdow:** Otto Schmidt, Hlelego 20.

Die neue „Geschäftler“-Regierung in Oesterreich.

Oesterreich hat wieder eine neue Regierung. Die bürgerliche Presse hat schon seit Wochen der ganzen Öffentlichkeit des In- und Auslandes von den Kämpfen erzählt, die in der Regierungspartei um ein Wirtschaftsprogramm geführt wurden, das Oesterreich wieder einmal durch christlichsoziale Regierungskünste retten soll. Aber wie es mit diesem Wirtschaftsprogramm bestellt ist, das die Grundlage der neuen Regierung bilden sollte, hat Dr. Seipel, der der allmächtige Führer der beiden Regierungsparteien ist, jetzt selbst erzählt, indem er in einer Rede sich so viel darauf zugute tat, daß, wie er es wollte, die neue Regierung ohne ein Wirtschaftsprogramm gewählt wurde. Und auch der alte Chef der neuen Regierung, Bundeskanzler Dr. Ramek, hat sich in seiner Antrittsrede einfach auf das Programm berufen, das er bei Bildung seiner ersten Regierung im November 1924 vorgelegt hat — und das ebenfalls nichts anderes enthielt als die alten Phrasen von der Fortsetzung der Sanierung.

Dem ganzen Gerede von dem Wirtschaftsprogramm lag nichts anderes zugrunde, als daß die steirischen Christlichsozialen, deren Gruppe der bisherige Finanzminister Dr. Uhrer angehört, gern ihre „Geschäftler“ machen, wie ein solches die bekannte „arische“ Steuerbank war, die mit dem Einfluß der christlichsozialen Landesgewaltigen und mit dem Geld des nicht gerade arischen Castiglioni gegründet wurde — und daß sie deshalb die Verschärfung der politischen Situation, wie sie Seipel und die Wiener Christlichsozialen durch ihre Anschläge auf den Mieterschutz und durch ihren gehässigen Kampf gegen die Wiener sozialistische Gemeindeverwaltung betreiben, nicht brauchen können. Es ist begreiflich, daß es Seipel nicht schwer war, diese Stimmungen — denn um mehr handelte es sich nicht — in der christlichsozialen Fraktion zu besiegen. Ja, sie kamen ihm gerade recht, um eine andere, peinliche Affäre zu bereinigen: die Ausschiffung des durch eine Untersuchung des Parlaments arg kompromittierten Außenministers Dr. Mataja!

Bei dieser Affäre des Ministers Mataja handelte es sich, um es kurz darzulegen, um folgendes: Mataja, der ein ausgesprochener Monarchist und Feind des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland ist und deshalb von Seipel nach seinem Rücktritt seinem Nachfolger als Außenminister aufgezwungen worden war, hat, da ihn vor einigen Monaten im Parlament der Sozialist Leuthner einen Agenten des französischen Imperialismus und Feind des deutschen Volkes nannte, diesen Angriff „unsäuber und unappetitlich“ genannt. Darauf hat die „Arbeiter-Zeitung“ geantwortet, Mataja hätte allen Anlaß, solche starke Ausdrücke nicht zu gebrauchen, denn, wenn etwas unsäuber und unappetitlich sei, so sei es die Art,

Um die Vermögenssteuer.

Die Regierungskoalition in Gefahr.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Die Angelegenheit der Novellierung des Vermögenssteuergesetzes hat einen Kampf hervorgerufen. Der Finanzminister hat die Vertagung der Beratungen darüber auf die Dauer einer Woche gefordert, um die Ansichten der Klubs in dieser Frage zu hören.

Die P. P. S. fordert entschieden die Einziehung der Rückstände und hypothekarische Belastung der Schuldner. Heute wird der Klub der P. P. S. seine Ansicht präzisieren.

Die Frage hat im Sejm gestern Besorgnis hervorgerufen, da die Sozialisten mit der Sprengung der Koalition drohen. Sie wollen verhindern, daß diese Lasten der Stadtbevölkerung aufgeschuldet werden. Der „Piaśt“ nimmt eine entgegengesetzte Stellung ein.

Die einzelnen Klubs sollen ein Kompromiß finden. Von der Stellungnahme der P. P. S. hängt alles ab.

Die Abgeordneten der P. P. S. haben gestern verlauten lassen, daß ihr Klub ein Gesetz

ausgearbeitet hat über die zwangsweise Erhebung von Gold auf dem ganzen Gebiete der Republik Polen, das als Grundkapital für eine Erhöhung der Emission in der Bank Polski dienen soll. Das Gesetz ist eine Erweiterung des früheren, in der Kommission abgelehnten Antrages des Abg. Hausner.

Die Steuer- und Monopoleinnahmen im Jahre 1925.

Die Steuereinnahmen ergaben: indirekte Steuern 364,4 Millionen, direkte 115,7 Millionen, Zollgebühren 285,3 Millionen, Stempelgebühren 113,7 Millionen und die Vermögensabgabe 61,4 Millionen. Die Monopole brachten zusammen 392,4 Millionen, davon das Salzmonopol 32 Millionen, das Tabakmonopol 182,6 Millionen, das Spiritusmonopol 170,1 Millionen und die anderen Monopole 7,6 Millionen. Alle Einnahmen zusammen ergaben 1.383 Millionen Zloty, im Jahre 1924 hingegen nur 1.191,1 Millionen Zloty.

Ein russischer Vorstoß gegen Rumänien.

Tschitscherin fordert die Zurückgabe Bessarabiens. — Er wird von Dr. Benesch unterstützt. — Große Beunruhigung in Rumänien.

In rumänischen Regierungskreisen herrscht große Aufregung über einen Artikel Tschitscherins in der „Iswestija“, in dem der russische Außenminister scharf gegen Rumänien Stellung nimmt und die Herausgabe Bessarabiens fordert.

Gleichzeitig ist man über die Erklärungen Beneschs und Tschitscherins beunruhigt, in denen sie für unbedingte Zusammenarbeit mit Rußland eintreten. Man sieht darin eine Isolierung Rumäniens, die gleichbedeutend mit dem Versaill der Kleinen Entente sei.

In den letzten Tagen fanden wichtige Besprechungen zwischen dem Außenminister Duca und dem Gesandten der Tschechoslowakei und Südslawien statt, die aber zu keiner Einigung führten. Man hält die Lage der Kleinen Entente für sehr kritisch und eine Auflösung für unabwendbar, wenn Prag und Belgrad nicht noch im letzten Augenblick für die Interessen Rumäniens zu gewinnen seien.

Ein Vorschlag Trozkis an Frankreich.

Mit der Rückkehr des russischen Botschafters Nawolsti in Paris erwartet man in französischen Kreisen die Wiederaufnahme der russisch-französischen Schuldenverhandlungen.

In französischen diplomatischen Kreisen legt man in diesem Zusammenhang einem in der „Prawda“ erschienenen Artikel besondere Bedeutung bei, in dem Trozki für diese Regelung folgende Vorschläge macht:

Die russische Regierung sei zwar nicht in der Lage, die unter dem zaristischen Regime aufgenommenen Staatsschulden anzuerkennen, dagegen sei sie bereit, für die durch die Revolution französischen Staatsbürgern zugefügten Schäden aufzukommen, falls die französische Regierung ihrerseits eine Schadenersatzpflicht für die Verluste, die Rußland durch die verschiedenen von Frankreich begünstigten Interventionen erlitten habe, anerkenne und Rußland nun zum Wiederaufbau seines Landes eine größere Anleihe zu gewähren bereit sei.

In diesem Falle würde sich die russische Regierung verpflichten, diese Anleihe, die ausschließlich zu Käufen in Frankreich verwendet werden sollte, zu 11 Prozent zu verzinsen, von denen 7 Prozent zur Verzinsung und Tilgung des Darlehens, die restlichen 4 Proz. zur Befriedigung der von Rußland zu entschädigenden französischen Staatsangehörigen verwendet werden sollen. (!)

Trozkis scheint ziemlich naiv zu sein, wenn er meint, daß dieser Vorschlag Frankreich zu Verhandlungen geneigt machen sollte.

wie er, der „Biedermannbank“, als sie in finanziellen Schwierigkeiten war, staatliche Begünstigungen, die in die Milliarden gingen, verschaffte, und wie er sich von der Bank billigere Aktien unter dem Tageskurs verschaffte. Die Sozialdemokraten setzten durch, daß das Parlament einen Untersuchungsausschuß einsetzte. Dieser Ausschuß hat eine genaue Untersuchung veranstaltet und schließlich die Berichte über seine Verhandlungen und

über die Einnahme der Zeugen und Sachverständigen veröffentlicht.

Da kam nun heraus, daß Mataja allerdings der übel beleumundeten Bank nicht selbst, wie die „Arbeiter-Zeitung“ behauptet hatte, staatliche Einlagen verschafft hatte, von denen dreizehn Milliarden (über eine Million Zloty) bis jetzt noch nicht zurückgegeben wurden, sondern, daß das zum Teil der Finanzminister Dr. Wienböck, zum Teil mit Berufung auf diesen

der Vizepräsident der Bank, zustande gebracht hatte. Dieser Vizepräsident der Bank ist ein orthodoxer Jude, Dr. Kunwald, der aber mit den antisemitischen Führern Seipel, Riebenböck und Mataja intim befreundet ist und der bei den staatlichen Behörden — Postsparkasse, Nationalbank und Tabakmonopol — Milliardenlagen für seine Bank durchsetzte, indem er den Widerstand der Beamten durch den Finanzminister brechen ließ! In soweit war also Dr. Riebenböck und nicht Dr. Mataja kompromittiert.

Dagegen wurde die zweite gegen Mataja erhobene Beschuldigung mehr als bewiesen. Der Sachverständige der Bankkommission, Hofrat Steen, entdeckte nämlich in den Büchern der Biedermannbank ein Konto des Dr. Kunwald auf den Namen „Maria Schmidt“ und als er genau nachforschte, fand er, daß auf diesem Konto dieselben Geschäfte eingetragen waren, wie sie sich auf einem Konto des Dr. Mataja vorfinden. Nun mußten die beiden Freunde, Mataja und Kunwald, zugeben, daß das Konto „Maria Schmidt“ ein Deckkonto des Ministers Mataja ist. Auf die Frage, warum sie das nicht sofort gesagt hätten, verantworteten sie sich dahin, daß sie über „Privatsachen“, wie ein Deckkonto, keine Aufklärung für nötig gehalten hätten. Aber der Sachverständige fand noch andere interessante Sachen. Dr. Mataja hatte zwanzigtausend Aktien (davon die Hälfte auf den Namen „Maria Schmidt“) zum Kurse von 27000 Kronen gekauft, sie waren ihm aber dann zu 21000 Kronen verrechnet.

Das erklärte Dr. Kunwald damit, er habe vergessen, den Kauf rechtzeitig einzutragen und habe ihn erst eingetragen, als der Kurs gesunken war, so daß er nicht den höheren Kurs verrechnen konnte. Die Aktien zahlte Mataja mit 9000 Dollar, die er aus der Schweiz überweisen ließ. Aber er verweigerte nicht nur jede Aufklärung, wieso er in der Schweiz einen solchen Betrag besaß, er hatte nicht einmal ein schriftliches Dokument über den Besitz dieser Summe. Erst nach der Einvernahme im Ausschuss verschaffte er sich aus der Schweiz von einem Anwalt eine Bestätigung, daß dieser im Juli 1923 auf Veranlassung der Biedermannbank 9000 Dollar nach Newyork überwiesen habe. In den Büchern des Kunwald wieder war eine Eintragung, daß im Juli 1923 vom Konto „Maria Schmidt“ 9000 Dollar überwiesen wurden — aber diese Eintragung wurde erst ein halbes Jahr später gemacht.

Selbstverständlich konnten die Christlichsozialen Mataja nicht sofort fallen lassen. Sie sprachen ihm zunächst ihr Vertrauen aus. Aber nachträglich wurde die Komödie der Rekonstruktion des ganzen Kabinetts ausgeführt, um Mataja „aus Gesundheitsrücksichten“ zum Verzicht auf die Wiederwahl zu bewegen. Um aber die Rekonstruktion der Öffentlichkeit plausibel zu machen, wurden die Märchen von den Differenzen über das Wirtschaftsprogramm erfunden.

Die Sozialdemokraten haben den Froschmäusekrieg im christlich-sozialen Lager nicht sehr ernst genommen. Sie wissen, daß Seipel, auch nachdem er vor mehr als einem Jahr zurücktreten mußte, der Diktator in der christlich-sozialen Partei geblieben ist, wozu ihn die Verfügung über die von den Kapitalisten gelieferten Wahlfonds der Partei, die Unterstützung der Bischöfe und der Haß des ganzen Bürgertums gegen die Arbeiter gemacht hat und, ob Ramek oder Seipel an der Spitze der Regierung stehen, ob der Finanzminister Uhrer oder Kollmann heißt, ist nebensächlich. Die Wahlen, zu denen es wahrscheinlich noch in diesem Jahr kommen wird, werden zeigen, daß die Pläne der Reaktion an der Macht der Arbeiterklasse scheitern werden. G. P.

Zwei russische Fliegerstaffeln werden Europa besuchen.

Wie aus Moskau gemeldet wird, plant die russische Regierung, zwei Fliegerstaffeln zu Propagandazwecken nach Europa zu senden. Die eine Fliegerstaffel würde eine Rundreise über Warschau, Wien, Rom, Paris und Berlin machen, die andere über Warschau, Berlin, Paris.

Dollarspekulationen.

Eine unverständliche Politik der Bank Polsti.

Seit einigen Tagen deckt die Bank Polsti den gesamten Bedarf an Dollars an der Börse und verkauft größere Summen niedriger als auf der offiziellen Börse. Die Privatbanken machen sich diesen Umstand zunutze und geben immer größeren Bedarf an. Die finanziellen Kreise äußerten ihre Verwunderung darüber, wieso plötzlich ein solch starker Dollarbedarf entstanden ist. Am vorhergehenden Montag wurden 62 tausend Dollar gefordert, am nächsten Tage 80 tausend, am Mittwoch 208, am Donnerstag 400 tausend.

Es ist klar, daß dieser Bedarf dadurch hervorgerufen wurde, daß der Unterschied im Dollarkurs auf der offiziellen und inoffiziellen Börse ziemlich groß war. Am Montag gegen 10, am Dienstag 5, am Mittwoch 10 bis 30, am Donnerstag gar 50 Punkte.

Die Banken kauften bei der Bank Polsti und verkauften auf der Börse.

Ob diese Politik real ist und eine Gesundung herbeiführt? Die letzten Tage haben bewiesen, daß der Dollarkurs im Gegenteil zwar nicht allzugroß, aber immerhin bedenklichen Schwankungen ausgesetzt war. Ist es daher nicht angebracht, die Deckung des Bedarfs zu konzentrieren?

Das Auslandskapital möchte gerne nach Polen,

doch die Steuern schrecken es ab.

Ja, unsere wunderbare Steuerpolitik hat es dazu getrieben, daß jeder ausländische Kapitalist und Unternehmer und wenn er auch gerne in Polen sein Kapital investieren möchte, von den damit verbundenen Abgaben zurückschreckt.

Zum Beweis sei folgende Rechnung gegeben: Ein Unternehmen mit einem Aktienkapital von 1 Million Zloty hätte folgende Aufkosten zu decken: Stempelsteuer für die Eingabe an das Ministerium für Handel und Industrie 40 Zloty; Emissionssteuer 5% vom Aktienkapital, gleich 50 000 Zl.; Börsenabgabe 4000 Zl.; die amtliche Bekanntmachung des Statuts der Gesellschaft im „Monitor“ 1250 Zl.; die Eintragung in das Handelsregister 15 000 Zl.; Notarkosten 10 000 Zl.; Anwaltskosten 2500 Zl.

Nehmen wir ferner an, daß die Neugründung zu ihren Zwecken ein Grundstück im Werte von 200 000 Zl. erwirbt, so verursacht der Verkauf und Ankauf Abgaben in der Höhe von 24 000 Zloty, sowie Notarkosten von 8000 Zl.

Also etwa 110 000 Zl. unproduktive Ausgaben, bevor noch irgendwie an die Arbeit geschritten werden kann.

Wer da den Appetit nicht verliert...

Herabsetzung der Stempelsteuern.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Sejm wurde das Stempelsteuergesetz in dritter Lesung angenommen.

Von den angenommenen Bestimmungen sind hervorzuheben die Herabsetzung der Steuer für Versicherungen von 3 auf 2 Prozent, die Herabsetzung der Steuer für kleine Wechsel bis 60 Zloty auf 20 Groschen sowie die Verwerfung der Unzulässigkeitsklärung von Abmachungen, die die Verkaufspreise verheimlichen.

Die polnischen Arbeiter in Deutschland.

(Von unserem Korrespondenten)

Der Vorsitzende der polnischen Delegation für die deutsch-polnischen Verhandlungen, Prondzynski sowie das Mitglied der deutschen Delegation Erich Zelin haben am Sonnabend Noten in Sachen der bisherigen Verständigung bezüglich der polnischen nach Deutschland auswandernden Saisonarbeiter ausgetauscht. Der Vertrag sieht die Grenzüber-schreitung bei unentgeltlichen Pässen vor, die Befreiung von den Visagebühren, Gleichstellung in bezug auf Arbeitsbedingungen und Löhne mit den deutschen Arbeitern, Versicherung der Arbeiter auf Grund der Genfer Konvention. Im April soll ein festes Abkommen getätigt werden.

Der Reptilienfonds der Regierung.

Vor einiger Zeit berichteten wir, daß im Budget für das Jahr 1926 ein Dispositionsfonds für die Regierung in Höhe von 13 690 000 Zl. vorgesehen ist.

Der „Chlopski Sztandar“ schreibt dazu: „Weber diese Gelder können die Minister frei verfügen und brauchen über ihre Verwendung keine Rechenschaft abzulegen. Die Fonds werden von den Ministern besonders zur Bestechung der Zeitungs-herausgeber und Redakteure und zur Unterstützung ihrer Agitatoren verwandt.“

Die neue deutsche Regierung

Bier neue Minister im Kabinett.

Gestern hat die langwierige Regierungskrise ihr Ende gefunden.

Staatspräsident Hindenburg bestätigte die Regierung in nachstehendem Bestande:

- Reichskanzler — Luther;
- Inneres — Kütz (Demokrat);
- Außeres — Stresemann;
- Finanzen — Reinholz (Demokrat);
- Justiz und besetzte Gebiete — Marx (Zentrum);
- Reichswehr — Gehler;
- Post — Stingl (bayerische Volkspartei);
- Wirtschaft — Kurtius (deutsche Volkspartei);
- Arbeit — Brauns;
- Verkehr — Krohne.

Die Rechtskreise haben der neuen Regierung keine Gratulationen entgegengebracht. Sie ist ihnen zu republikanisch. Auch die Sozialdemokraten kritisieren den Bestand. Dies beweist, daß das neue Kabinett weniger fest als das vorherige sein wird. Die Innenpolitik soll mehr nach links gehen, die Außenpolitik bleibt auf den bisherigen Bahnen.

In der gestrigen Sitzung des Seniorskonvents des Reichstags wurde beschlossen, die Regierungserklärung bis Dienstag zurückzustellen, um vorher die Debatten über das Budget für 1926 zu beenden.

Die Presse von gestern verhält sich zum Kabinett mit einer gewissen Reserve. Die Demokraten unterstreichen, daß der Umstand, daß ihr Führer Koch nicht im Kabinett sitzt, ein großes Opfer der Demokraten ist. Die Blätter unterstreichen, daß Koch deswegen auf dem Sande geblieben sei, weil seine Stellungnahme zu sehr republikanisch war.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt die Nachricht, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund im März erfolgen dürfte. Die erste Sitzung des Völkerbundes mit Beteiligung Deutschlands wird für den 7. März erwartet.

Albert Thomas in Berlin.

Die Möglichkeit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes in Genf, Albert Thomas, ist in Berlin eingetroffen. Er hat sofort Fühlung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und Staatssekretär Dr. Geid genommen. Die Besprechungen mit dem Reichsarbeitsministerium sind informatorischer Art und haben Erörterungen über die Möglichkeit der Ratifizierung von Uebereinkommen der internationalen Arbeitskonferenz durch das deutsche Reich zum Gegenstand. Albert Thomas wird anlässlich seines Berliner Aufenthalts auch Fühlung mit parlamentarischen Kreisen sowie den Kreisen der Wirtschaft und der Gewerkschaften nehmen. Bekanntlich ist das internationale Arbeitsamt als Organ des Völkerbundes an den vorbereitenden Arbeiten der geplanten Weltwirtschaftskonferenz beteiligt.

Bor Doumers Rücktritt.

Der Rücktritt des französischen Finanzministers Doumer ist beschlossene Tatsache. Die Ursache ist die Zurückweisung seiner Finanzprojekte. Nach Blättermeldungen wird Briand den Rücktritt ohne Folgen für das Gesamtkabinett lassen und zwar wegen der grundsätzlichen Unterschiede, die zwischen ihm und Doumer bestehen.

Der ungarische Skandal.

Entsetzliche Mißhandlungen des Sekretärs Kaba.

Unter den wichtigeren und eingeweihteren Verhafteten war Kaba, der Sekretär des Windischgrätz, der einzige, der ein Geständnis ablegte, und zwar mit der Tendenz, Windischgrätz zu entlasten und die politischen Hintergründe der Fälschung, soweit sie in die Umgebung Horthy's und der Rassenführer führen, aufzudecken. Man brachte ihn in ein entlegenes Gefängnis, um ihn mit den bekannten Methoden der Horthy-Untersuchung bearbeiten zu können. Kaba ist in dem Gefängnis entsetzlich mißhandelt worden, seiner Familie wird gedroht, daß man ihn töten und in die Donau werfen und auch seine Angehörigen ausrotten wird. Dieser Bearbeitung ist es zuzuschreiben, daß Kaba in seinem letzten Verhör die den Feldbischof Zadavec' belastenden Angaben zurückgezogen hat.

In der gestrigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung erklärte der Sozialdemokrat Far-

Das, daß a mentarisch bestehen sa Die Der Prox soll Mitte Der K Kapit Sei Grubena haben, un lungen in Woche lie Die engli Amerika Die tragen sich Absicht, einen Str Re Der Die Missio Nachricht Kongo) er aus religi der Salef ihm t au Blutbad wurden in Ein der Depar vormittag zu konfer Im giertenver lage ber behalt Da die Arb Einnahme Muszyns mittel ei kommt für die beim Ein taufen m durch die De gestern l Bezirksk polnische Öffentlic beitslofer waren d Kozmierc legte den der Arbe Komitees Bei dies gelegen strat im Es war nalfatio darin, d den öffe bemüht dite zur wird er werfliche wird die gelder k den Def aus, da werden Parteizig E ler. T Firmen Lokal a der Ref Registri am Fre die Ref gelder Kellner 10proge dieser J Verban Szczep Kaluy beschloß der die ten die dingun in den

Aus der Lodzzer Kommunalwirtschaft.

Die Abtretung des Elektrizitätswerks nimmt für die Präsidenten unangenehme Formen an. Eine Sitzung des Seniorentenvents.

Das Präsidium des Magistrats suchte sich bekanntlich damit zu entschuldigen, daß bei der Verfertigung der Verkaufsakte Vertreter des Finanzamtes zugegen waren. Die Herren Chnarzki und Wojewódzki wären also nicht schuld daran, daß die Steuern zu niedrig bemessen waren.

Gestern veröffentlichte das Finanzamt jedoch eine Erklärung, in der es diese Behauptung als Unwahrheit hinstellt und behauptet, daß an der Verschreibung kein Beamter des Finanzamtes teilgenommen hat.

Im übrigen ist dies auch wenig wesentlich. Auch nicht, daß ein Vertreter der Staatsanwaltschaft bei der Akterfertigung zugegen war. Denn die Verschreibung erfolgte auf Grund des Inventarverzeichnisses, das der Magistrat im Elektrizitätswerk anfertigen ließ. Und daran nahmen die genannten Vertreter nicht teil.

Die Chancen stehen für das Präsidium des Magistrats nicht günstig. Die Klage des Staatsanwalts wird aufrecht erhalten.

Aber noch eine andere Angelegenheit, über die wir gestern berichteten, kommt zu der Klage des Staatsanwalts hinzu: Die Nichtzahlung in die Stadtkasse der Selbstverwaltungsteuer in der Höhe von 2 Prozent. Diesen Umstand hatte das Gericht noch nicht in Betracht gezogen. Er wird weiteres Belastungsmaterial sein.

Es ist heute nach Lage der Dinge nicht ausgeschlossen, daß die Gerichtsbehörden an die Aufsichtsbehörden den Antrag stellen werden, die Präsidenten ihres Amtes zu entheben.

Vorgestern ist der Delegierte des Innenministeriums, Celinski, nach Lodz gekommen, um die Wirtschaft des Magistrats zu kontrollieren. Herr Celinski wies sich auch mit der Angelegenheit der Abtretung des Elektrizitätswerkes genauer beschäftigen.

Von den sogenannten „Wirtschaftskreisen“ der Stadt wird der Gedanke in die Presse lanziert, für die Lodzzer Selbstverwaltung einen Regierungskommissar zu ernennen. Eines der Abendblätter veröffentlichte sogar als Versuchsballon die Nachricht, als hätte das Innenministerium bei der Wojewodschaft angefragt, warum bisher ein diesbezüglicher Antrag der Wojewodschaft dem Ministerium nicht unterbreitet wurde.

Diese Art des Abtuns der Unzufriedenheit mit der Lodzzer Kommunalwirtschaft ist keine Lösung. Der Selbstverwaltungsgedanke kann nicht durch die Ernennung von Regierungskommissaren verunstaltet werden. Das einzige Mittel ist die Auflösung des Stadtrats und des Magistrats und Neuwahlen. Die dreijährige Kadenz läuft zum 13. Mai l. J. ab. Es ist also schon jetzt Zeit, einen entsprechenden Antrag anzunehmen.

Laut Bericht der Bank Polsti für die erste Januardekade ist der Geldbestand um 44,026 Zl. gestiegen, ebenso der Devisenbestand und zwar um 2,368,025 Zl. Das Wechselportefeuille ist um 1,235,102 Zl. geringer geworden.

Von der Krankenkasse. Am Dienstag fand eine ordentliche Verwaltungssitzung statt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß Dr. Szankowski sich bereit erklärt hat, für den Posten des Direktors zu kandidieren. Dagegen hat der Vizepräsident Szuster abgelehnt. Die Wahl zwischen den drei Kandidaten wurde nunmehr der Administrationskommission übertragen. Der Verbandsrat hat der Verwaltung ein Protestschreiben eingeleitet, in dem er sich gegen Dr. Szankowski wendet und darauf hinweist, daß dieser Herr nicht die Garantie für eine ruhige Arbeit in der Kasse bietet.

Zum Schluß wurde ein Bericht des Direktors zur Kenntnis genommen, wonach mit den Angestellten in Sachen der Gehaltsauszahlung Verhandlungen geführt werden.

Falsche Fünfzlotybanknoten. Im Verkehr sind falsche Fünfzlotybanknoten erschienen. Sie sind auf anderem Papier gedruckt, die Wasserzeichen sind durch Fettpfugung hervorgerufen worden, die Farben sind etwas blässer. Die Nummerierung ist in schwarzer Farbe gedruckt, auf den echten Banknoten in tiefschwarzer. Die Zeichnung ist grob, verwischt. Auch der Adler ist undeutlich.

Tolle Fahrt. Jzgumt Karlowski, 20 Jahre alt, wurde in der Zgierkastraße von einem Auto überfahren und schwer verwundet, sodas er nach dem Josephs-Krankenhaus gebracht werden mußte. Der 15-jährige Antoni Sijalkowski wurde an der Ecke der Konstantiner und Panfstastraße überfahren und mußte gleichfalls nach dem Krankenhaus gebracht werden. Ebenso der 27-jährige Stefan Kędzierski, der auf der Alexandrower Causee von einem Lastwagen überfahren wurde.

Rache. Die Prostituierte Regina Maluszczak, Petersburfa 6, wurde an der Ecke der Wulczankja und

Wie wir erfahren, will die Opposition bei der nächsten Gelegenheit die Auflösung entschieden fordern.

Die gestrige Sitzung des Seniorentenvents.

Die Mehrheit des Stadtrats denkt noch nicht an Neuwahlen.

Gestern abends fand im Stadtrat eine Sitzung der Fraktionsführer statt, zwecks Wahl der Mitglieder der ständigen Kommissionen des Stadtrats. Vor Eingang in die Tagesordnung stellten Stv. Kul, Rapalski und Poznanski im Namen der Opposition an das Präsidium die Anfrage, welchen Standpunkt dasselbe angesichts der Beendigung der Kadenz zum 13. Mai l. J. einnimmt. Ob es bereits an die Auflösung gedacht und entsprechende Schritte bei den Aufsichtsbehörden unternommen habe.

Obwohl die drei stellvertretenden Vizepräsidenten des Stadtrats in der Sitzung anwesend waren, antwortete der Direktor des Stadtrats, Herr Rundo im Namen des Präsidiums, daß das Gesetz die Auflösung zum 13. Mai nicht vorsieht, da angesichts dessen, daß der Sejm kein neues Gesetz ausgearbeitet habe, das Innenministerium die Kadenzen aller Stadtverordnetenversammlungen verlängert habe.

Dieser Standpunkt ist irrig, da die Kadenz nur derjenigen Stadtverordnetenversammlungen verlängert wurden, die im Jahre 1919 gewählt wurden.

Stv. Kul fragte ferner warum das Protokoll der Kontrollkommission der Wojewodschaft im Stadtrat nicht zur Debatte gestellt wird, obwohl es in der Kommission schon längst erledigt wurde und welchen Standpunkt das Präsidium zur Anordnung der Wojewodschaft eingenommen habe, die bezahlten Schöffen zu kassieren, wodurch der Selbstverwaltungsgedanke verzerrt und der Reaktion zum Munde gesprochen wird.

Der stellvertretende Vorsitzende Wolczynski antwortete, daß das Protokoll während der Budgetdebatten zur Sprache kommen soll, während in der Frage der Schöffen nichts unternommen wurde. Darauf stellte Stv. Kul an das Präsidium den Antrag, zur Besprechung all dieser Fragen, eine besondere Sitzung einzuberufen. Der Antrag wird in der nächsten Sitzung des Präsidiums zur Verhandlung kommen.

Hierauf wurde zur Wahl des Präsidiums des Stadtrats geschritten. Die Opposition stand auf dem Standpunkt, daß die Wahlen vor der Vollversammlung des Stadtrats vorgenommen werden müssen, um nochmals zu demonstrieren, wer für die katastrophale Wirtschaft der Stadt die Verantwortung trägt. Angesichts dieser Stellungnahme der Sozialisten konnten die Wahlen nicht vorgenommen werden.

Die Befragung der Kommissionen erfolgte in demselben Bestande wie im Vorjahre. Seitens der D.S.A.P. gehören also zur Kommission für allgemeine Fragen Stv. Klim, der Budgetkommission Stv. Kul.

Zielona von Josef Matowski, Andrzejka 41 überfallen der ihr schwere Wunden mit einem Messer beibrachte. Die M. mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden, während Matowski verhaftet wurde. Die Tat soll er aus Rache dafür begangen haben, weil er mit einer Krankheit durch die M. infiziert wurde.

Kämpfende Frauen. Vorgestern gerieten auf dem Kalischer Bahnhofe die Wiktorja Perel und die Jaja Golewicz wegen eines Plakes im Eisenbahnzuge in Streit. Die Perel riß ihrer Gegnerin die Perücke vom Kopfe und traktierte sie mit einem schweren Koffer. Aber auch die G. antwortete mit derselben Waffe. Beide Vertreterinnen des zarten Geschlechts trugen Verwundungen davon, so daß der Arzt der Rettungsbereitschaft eingreifen mußte. Natürlich hatte keine einen Platz und beide mußten auf einen der nächsten Züge warten.

Eine ungetreue Kassiererin. Vor dem Bezirksgericht hatte sich die Kassiererin der Telephongesellschaft, Ksawera Widawska, 24 Jahre alt, zu ver-

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens Ortsgruppe Lodz-Dst.

Montag, den 25. Januar d. J., abends 7 Uhr findet im Saale des Radogoszjer Turnvereins, Brajera-Straße 14, eine

Berichterstattungsversammlung

statt. Referent: Sejmabgeordneter Artur Kronig.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet der Vorstand.

Das, daß alle Parteien mit der Wahl einer parlamentarischen Kommission, die aus 25 Abgeordneten bestehen soll, einverstanden sind.

Die Untersuchung ist bereits abgeschlossen. Der Prozeß gegen die hohen und höchsten Fälscher soll Mitte Februar stattfinden.

Der Kampf des amerikanischen Kapitals gegen die Arbeiter.

Seit einiger Zeit streiken in Amerika die Grubenarbeiter. Die amerikanischen Grubenbesitzer haben, um den Streik zu brechen, größere Bestellungen in England aufgegeben. In der vergangenen Woche lieferte England 22 tausend Tonnen Anthrazit. Die englische Januar- und Februarproduktion ist an Amerika bereits verkauft.

Wie die Arbeiterblätter Englands mitteilen, tragen sich die englischen Arbeiterverbände mit der Absicht, ihre amerikanischen Leidensgenossen durch einen Streik zu unterstützen.

Religiöse Wahnsinnstat eines Negers.

Der „Corriere della Sera“ meldet aus Turin: Die Missionsleitung des Salesianer-Ordens hat folgende Nachricht von den Salesianern in Kalafurd (Belgisch Kongo) erhalten. Ein Neger der Wiedertäuferfekte hat aus religiösem Haß 100 Neger des Missionskreises der Salesianer umgebracht, weil sie sich nicht von ihm kaufen lassen wollten. Er habe ein wahres Blutbad angerichtet. Achtzig Kilometer von Kintama wurden im Walde 89 Leichen gefunden.

Notales.

Ein Delegierter des Finanzministeriums, der Departamentsdirektor Hipolit Gliwic, kommt heute vormittags nach Lodz, um hier mit den Industriellen zu konferieren.

Im Klassenverband fand gestern eine Delegiertenversammlung statt, in der über die Wirtschaftslage beraten wurde. Einen ausführlicheren Bericht behalten wir uns vor.

Das Bürgerkomitee zur Hilfeleistung für die Arbeitslosen hielt gestern eine Sitzung ab. Die Einnahmen betragen bis jetzt 65216 Zloty. Schöffe Muszynski erklärte, daß die zweite Serie der Lebensmittel eingekauft wurde und Freitag zur Verteilung kommt. Beschlossen wurde, die alkoholischen Getränke für die Arbeitslosen in der Weise zu besteuern, daß beim Einkauf der Käufer eine Wohltätigkeitsmarke mitkaufen muß. Dieser Beschluß unterliegt der Bestätigung durch die Behörden.

Der Wojewode und die Kanalisation. Vorgestern lud der Wojewode Darowski die Vertreter der Bezirkskommission der Klassenverbände sowie die der polnischen Verbände zu einer Konferenz in Sachen der öffentlichen Arbeiten sowie der Hilfeleistung an die Arbeitslosen durch das Bürgerkomitee ein. Erschienen waren die Sekretäre Danielewicz und Kaluzynski sowie Kamierczak und Abg. Michalak. Wojewode Darowski legte den Erschienenen seinen Plan der Beschäftigung der Arbeitslosen vor und erklärte, daß es Aufgabe des Komitees sei, den Staat nach Möglichkeit zu entlasten. Bei dieser Gelegenheit berührte der Wojewode die Angelegenheit der Kanalisationsarbeiten, die „der Magistrat im vergangenen Jahre unter aller Kritik führte“. Es war darin keine Planmäßigkeit, weswegen die Kanalisationsarbeiter empört waren. Die Schuld liegt darin, daß der Magistrat seine Parteipolitik selbst bei den öffentlichen Arbeiten weiter betrieb. Gegenwärtig bemüht sich der Wojewode bei der Regierung um Kredite zur Weiterführung des Kanalisationsbaues, doch wird er es nicht zulassen, daß der Magistrat seine verwerfliche Politik weiterführen werde. Der Wojewode wird die Arbeiten selbst beaufsichtigen. Denn für Staatsgelder kann keine Parteiwirtschaft geführt werden. In den Debatten drückten die Arbeitervertreter die Meinung aus, daß in diesem Falle die Arbeiten produktiver sein werden und daß die Arbeiter ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit Anstellung erhalten werden.

Ein Regierungsarbeitslosenbüro bei Scheibler. Der Arbeitslosenfonds hat von den vereinigten Firmen Scheibler und Grohmann erwirkt, daß ihm ein Lokal auf dem Terrain der Firma für die Registrierung der Arbeitslosen zur Verfügung gestellt wird. Mit der Registrierung der entlassenen 800 Arbeiter soll bereits am Freitag begonnen werden.

Die Kellner drohen mit dem Streik. Da die Restaurateure dazu übergegangen sind, die Trinkgelder für die Kellner wieder einzuführen, haben die Kellner schärfsten Protest gegen die Streichung des 10prozentigen Zuschlags zur Rechnung erhoben. In dieser Angelegenheit fand bereits eine Konferenz des Verbandes der Kellner statt, an der auch der Abg. Szczepkowski sowie die Sekretäre des Textilverbandes, Kaluzynski und Danielewicz, teilnahmen. Es wurde beschlossen, eine Delegation zum Wojewoden zu senden, der die Angelegenheit in Warschau berühren soll. Sollten die Restaurateure auf ihre entehrenden Arbeitsbedingungen bestehen, dann seien die Kellner entschlossen, in den Streik zu treten.

An unsere gesch. Postbezieher!

Wir machen unsere gesch. Postbezieher darauf aufmerksam, daß infolge Einführung von Zeitungs-Bestellämtern bei der polnischen Post die „Lodzzer Volkszeitung“ ab 1. Februar in jeder Postanstalt bestellt und bezahlt werden kann, ohne davon unsere Geschäftsstelle zu benachrichtigen.

Es ist dies eine Neuführung in der Zustellung der Zeitung, die auch eine größere Kontrolle wie bisher über den richtigen Gang der Lieferung ermöglicht.

Um keine Unterbrechung in der Belieferung unserer Leser eintreten zu lassen, muß das Abonnement vor einem jeden Ersten des Monats erneuert werden. Neubestellungen können bis zum 10. eines jeden Monats getätigt werden, wobei die Post für eine Nachlieferung der ab 1. erschienenen Ausgaben Sorge trägt.

Dieserjenige unserer Bezieher, die ab 1. Februar zum Postabonnament übergehen, wollen uns dies mitteilen, damit keine doppelte Zeitungslieferung erfolgt.

„Lodzzer Volkszeitung“.

antworten. Sie war angeklagt ein Manco von 4331 Zloty und 31 Groschen in der Kasse gehabt zu haben, wobei der Verdacht besteht, daß die Summe unterschlagen wurde. Die Angeklagte suchte sich damit zu entschuldigen, daß sie die Gelder an Kollegen und Kolleginnen verlieh. Das Gericht verurteilte sie zu sechs Monaten Gefängnis.

Die schwarze Hand. Gestern hat die Besitzerin der Bäckerei an der Benediktinistr. 10 wieder einen Brief von einer schwarzen Hand erhalten, in dem sie aufgefordert wird, eine größere Summe zu hinterlegen, widrigenfalls sie ermordet wird. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, der geheimnisvollen schwarzen Hand auf die Spur zu kommen.

Das Spiel mit dem Messer. Der 21-jährige Juda Rotenberg wurde gestern von dem dreijährigen Kinde seines Arbeitgebers, welches unbeaufsichtigt mit einem Messer spielte, derart schwer in die Hand gestochen, daß die Rettungsbereitschaft herbeigerufen werden mußte, die dem Verwundeten die erste Hilfe erteilte.

Wegen Wuchers bestraft. Wegen Uebertretung und Nichterfüllung der Bestimmungen des Wucheramtes wurden folgende Personen bestraft: Uszer Bornsztajn zu zwei Tagen Haft, Abram Lubochinski zu drei Tagen Haft, Tauba Podembka zu 30 Zl., Izrael Solowieszczyk, Moszel Lichtenstein, Moszel Fajgin und Klawera Japendowska zu je 50 Zloty, Alfons Czerwinski und Franciszek Krulowicz zu je 40 Zloty und Natani Bornsztajn zu 25 Zloty Zloty.

Sei der Arbeit vom Tode ereilt. In der Fabrik von S. A. Poznansti, Dąbrowa 17, ist der Arbeiter Ignacy Cholewicz, wohnhaft an der Profesorka Nr. 13, während seiner Tätigkeit an der Maschine plötzlich gestorben. Die Ursachen des plötzlichen Todes konnten nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde in das städtische Profektorium gebracht.

Geld ist hin, alles ist hin . . . Lajos Weinberg, wohnhaft Petrikauer Straße 41, handigte einem gewissen Trzepalkowski, an der Konstantinerstr. 20

1500 Zloty zum Ankauf von Waren ein. Da er bisher weder Ware noch Geld erhalten hat, sah er sich genötigt die weitere Verfolgung der Transaktion der Polizei anzuvertrauen, die sich dieser Angelegenheit angenommen hat.

Aufgefundene Kindesleiche. Im Hausflur an der Wolborststr. 23 wurde ein neugeborenes Kind männlichen Geschlechts tot aufgefunden. Die Finder brachten das Kind nach dem städtischen Profektorium.

Wegen antisaniärer Zustände in ihren Bäckereien wurden vom Regierungskommissariat neuerdings 10 Bäckereibesitzer mit Geldstrafen belegt.

Selbstmordversuche. Der 18-jährige Antoni Bentalski, Abramowicza 28, versuchte sich zu vergiften. Ebenso der 24-jährige Antoni Paluszek, Alje Kosciuszki 30, und die 18-jährige Eugenia Kwiatkowska. In allen drei Fällen wurden die Lebensmüden nach den Krankenhäusern gebracht.

Diebstähle. Der Wohnung von Alfred Brand, Wulczansta 145 haben unbekannte Personen einen unbekanntes Besuch abgestattet. Sie ließen bei dieser Gelegenheit verschiedene Gegenstände im Werte von 1000 Zl. mitgehen. Einen gleich angenehmen Besuch empfing Jozef Szwegold, Pansta 15. Auch ihm wurden Gegenstände im Werte von Zloty 1000 entwendet. In den Fleischladen des Adolf Beder, Kilinistritz 140 brachen Diebe ein. Sie stahlen Wurstwaren im Werte von 1000 Zloty.

Das heutige Auftreten des ukrainischen Chores. Ans wird geschrieben: Heute, Donnerstag, um 8.30 Uhr abends wird in der Philharmonie das erste Gastspiel des Ukrainischen Chores unter Leitung des ausgezeichneten Dirigenten Dimitri Kozko stattfinden. Am Konzert nehmen gegen 50 Personen (Frauen und Männer) teil. Morgen am Freitag, ist das zweite und letzte Gastspiel dieses Chores.

Aus dem Reiche.

Warschau. Diebstahl von Militärdokumenten. Vorgestern stellte der Oberst Rawicz-Maslowski, der nach Wilna reisen wollte, fest, daß ihm auf dem Hauptbahnhofe eine Handtasche gestohlen wurde. In der Tasche befanden sich militärische Dokumente, die den Stand der Armee für 1926 und amtliche Korrespondenzen enthielten. Die Polizei hat sofort Nachforschungen angestellt, die bis jetzt ergebnislos verliefen.

Grodno. Ein Kommunist erschossen. Vor einigen Tagen verhaftete die politische Polizei einen Gardzinski, angeblich Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Er sollte nach Warschau gebracht werden. Auf dem Wege nach dem Bahnhofe ergriff G. die Flucht. Als er auf den Zuruf, stehen zu bleiben, nicht reagierte, schoß ein Polizist auf ihn. G. wurde auf der Stelle getötet.

Wilno. Ueberfall auf die Wohnung eines Rittmeisters. Auf die Wohnung des Rittmeisters Ballinski in Buclaw wurde ein Raubüberfall verübt. Der Offiziersbursche, der allein in der Wohnung anwesend war, wurde von den Eindringlingen gefesselt und verprügelt. Die Banditen, die die Wohnungseinrichtung demolierten, raubten nur 300 Zloty in bar.

Da die Banditen Soldatenuniform trugen, wird angenommen, daß der Ueberfall ein Raubüberfall war.

Lemberg. Manifestation der Staatsanwältin für Malina. Gegen den Staatsanwalt Malina, der den Prozeß Steiger führte, werden schwere Vorwürfe wegen der Prozeßführung erhoben. In Lemberg fand vor einigen Tagen eine Tagung der Staatsanwältin Kleinpolens statt, die eine Manifestation für Malina bedeutet.

Kurze Nachrichten.

44 stündige Arbeitswoche für Matrosen. Das Parlament in Wales hat mit 44 gegen 33 Stimmen ein Gesetz angenommen, wonach für die Matrosen die 44 stündige Arbeitswoche verpflichtend soll.

Ein Auto in die Donau gestürzt. Ein betrunkener Chauffeur stürzte in Budapest mit seinem Automobil, in dem sich fünf Personen befanden, die die ganze Nacht und den Vormittag hindurch gezecht hatten, in der Nähe der Franz-Josefs-Brücke in die Donau. Passanten gelang es, sämtliche Insassen aus dem Wasser zu ziehen. Einer von ihnen, der Agent Sallay, hatte sich bei dem Sturz jedoch so schwer verletzt, daß er einige Stunden später starb.

Deutsche und polnische Pazifisten. Die polnische und die deutsche Session der internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit haben einen Aufruf ausgearbeitet, der demnächst in der deutschen und in der polnischen Presse erscheinen soll. Aus dem Aufruf geht hervor, daß sich die deutschen und die polnischen Pazifistinnen verständigt haben und daran arbeiten werden, die Beziehungen im Locarnogebiete zu gestalten und die Lage der nationalen Minderheiten zu verbessern.

Warschauer Börse.

Dollar	19. Januar	20. Januar
Belgien	33.28	—
London	35.59	35.54
Neuyork	7.32	7.30
Paris	27.59	27.27
Prag	21.66	21.61
Zürich	141.50	141.17
Wien	103.00	102.75
Italien	29.62	—

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 20. Januar wurden für 100 Zloty gezahlt:

London	36.50
Berlin	57.27—57.79
Auszahlung auf Warschau	57.45—57.75
Rattowitz	57.85—57.65
Posen	58.45—57.75
Danzig	71.16—71.84
Auszahlung auf Warschau	71.04—71.21
Wien, Schicks	97.00—97.50
Banknoten	96.25—97.25

Der Dollar in Lodz.

Gestern wurde der Dollar zum Kurse von 7.50 abends 7.55 gehandelt. Die Bank Polsti zahlte für Dollars 7.28.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: E. L. Raf. Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.



Heute Premiere! Die beliebteste Filmdiva **Henny Porten** sowie **Rieman, Runitzsch und Steinrid**

im 8-aktigen dramatischen Spiel von Gold, Glück und Galgen

„Das goldene Kalb“

Sinfonie-Orchester unter Leitung des Herrn S. Bajgelmann.



Lodzzer Deutscher Schul- und Bildungsverein.

Operetten-Abend.

Sonntag, den 24. Januar 1926, abends 8 Uhr, im Saale des Männergesangvereins, Petrikauerstraße 243:

„Liebe im Schnee“

Operette in 3 Akten von H. Benachly und Willi Prager. Musik von Ralph Benachly.

Mitwirkende: Deutsches Opern- und Operetten-Ensemble sowie gemischter Chor, dramatische Sektion und das große Streichorchester des Vereins.

Künstlerische Leitung: Kapellmeister und Komponist Josef Stabernak.

Billetvorverkauf in der Drogerie des Herrn Dietel, Petrikauerstraße Nr. 157, zum Preise von 1 bis 5 Zloty, und am Tage der Aufführung von 5 Uhr ab am Eingang in den Saal.



Lodzzer Turnverein „Aurora“

Am Sonnabend, den 23. Januar d. J., veranstalten wir in unserem Vereinslokale, Kopernika 64, um 8 Uhr abends, einen

Maskettenball

mit Prämierung der originellsten Damenmaske.

Die Musik liefert ein guteingepieltes Jazzbandorchester. Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. Die Verwaltung-Billetvorverkauf bei F. Gottschling, Petrikauerstr. 162. 1926

Hebamme Frau **Salzwasser**

Trauguttastraße 5 erste Etage rechts empfängt täglich. Unbemittelte unentgeltlich zwischen 9—11.

Dr. med. 1355 **Roschaner**

Haut-Geschl.-u. Harnleiden Dzielnast. 9. Behandlung mit künstlicher Sonnenbäder. Empfängt 8—9^{1/2}, u. 3—7. Tel. 28-98.

Dr. med. **L. Dobrowolsti**

Haut- u. venerische Krankheiten empfängt in der Heilanstalt, Sachodniastraße 27 (Ecke Konstantinerstr.), von 4—5 Uhr nachm. 1926

Eine furchtbare Anklage!

Die Kattowitzer „Gazeta Robotnicza“ bringt einen Aufsatz unter dem Titel „Der Abgrund des oberschlesischen Glends“, der eine furchtbare Anklage gegen das in Oberschlesien herrschende Glend beinhaltet.

Man beneidet — schreibt die „G. R.“ — die Wojewodschaft Schlesien wegen ihrer übrigens fiktiven Autonomie, aber die wirtschaftliche Lage der Arbeitermassen und deren Familien gibt keinen Grund zur Beneidung. Am furchterlichsten sind die Arbeiterkinder daran. Die Lage der Arbeiterkinder schildert die Zeitschrift der Lehrer „Dziennikowiec“ wie folgt:

„Wenn, wie im Mai und Juni vorigen Jahres, die Ernährung von mehreren Zehntausend Schulkindern ergänzt wurde, indem diesen 1 Semmel und 1 Glas Milch täglich verabreicht wurde, so müßte man jetzt 100 000 Kindern volle Kost geben, wenn sie vor der Verklümmung gerettet werden sollen.“

Die braven Eltern und Kinder verheimlichen ihr Glend. Erst durch Nachfrage erfährt man, daß der Vater arbeitslos ist, die Mutter im Spital liegt und die Kinder jeder Obhut entbehren. Die demoralisierten Kinder geraten auf die Pfade des Diebstahls. Schuhe, Hemden und andere Kleidungsstücke werden abwechselnd durch die Kinder getragen.

Sollte keine Abhilfe geleistet werden, so werden 50 Prozent binnen 1—2 Jahren aussterben, und die anderen 50 Prozent zu physischen und geistigen Krüppeln verunstaltet werden.

Das Glend bewirkt bei der Bevölkerung Apathie und Verzweiflung, die geeignet sind die Grundlagen des Staates zu erschüttern.“

Dieses entsetzliche Bild ergänzt die „G. R.“: „Die Arbeitermasse leidet an Unterernährung. Kartoffel und Salz, ohne Fett, selten Fleisch, bilden die Nahrung.“

In Kattowitz ist es eine tägliche Erscheinung daß Hunderte Ausgehungerte in den Misthaufen nach Speiseresten, verfaulten Kartoffeln, Heringsabfällen und Knochen suchen. Selbstmorde infolge des Glends und der Arbeitslosigkeit mehren sich.

Untrennbares Gefolge dieses Glends bildet die Ausbreitung der Prostitution, der ganz junge Mädchen zum Opfer fallen.

Trotz gesteigerter Auswanderung, die sich auf 70 000 beziffert, gibt es in Schlesien 70 000 Arbeitslose und überdies noch Kurzarbeiter.

Die Arbeit in den Gruben und bei den Hochöfen ist eine schwere, erschöpfende. Die Trunksucht,

Blutübertragung.

In der letzten Zeit hat die medizinische Wissenschaft große Fortschritte in der Technik der Blutübertragung gemacht. Gegenwärtig ist es bereits möglich, das Blut den Kranken direkt zu übertragen. In Deutschland wurden in der letzten Zeit viele derartige Operationen vorgenommen. Das Ergebnis ist überraschend und eine Besserung in den meisten Fällen bei den Kranken sofort zu bemerken.



durch das Glend herbeigeführt, bei gleichzeitiger Unterernährung und schwerer Arbeit vernichtet den Organismus. Eine Menschengeneration ist dem Verderben preisgegeben.“

Eine furchtbare Anklage der bestehenden sozialen „Ordnung“. Die aber nicht nur auf Oberschlesien Bezug hat. Ueberall in den Industriezentren beobachten wir dasselbe.

So sehen wir bei uns, daß die Zahl der ausgehungerten Bettler von Tag zu Tag zunimmt. Alte und junge, männliche und weibliche Bettler, schleichen von Wohnung zu Wohnung, um ein Stückchen Brot oder ein paar Groschen auszubetteln.

Es genügt einmal am gegenüberliegenden Bialkaufer in der Bleichallee zu beobachten, wie dort bei den großen Misthaufen ganze Familien bei emsiger Arbeit sind. Eltern und Kinder tummeln sich bei diesen Misthaufen um irgend welche „wertvollen“ Abfälle zu sammeln und nach Tagesarbeit einer ganzen Familie 50—60 Groschen zu verdienen.

Auch bei uns breitet sich die geheime Prostitution aus. Auch bei uns ist die Lebensstufe der beschäftigten Arbeiter, geschweige denn der Arbeitslosen und Kurzarbeiter eine grauenhaft niedrige, elende.

Es ist unglaublich, daß diese Verhältnisse seit Jahren bestehen, ohne daß endlich energische Maßnahmen zur Binderung der Not getroffen worden sind.

Es ist zum Staunen, mit welcher Geduld das arbeitende Volk dieses über alle Maßen bittere Schicksal erduldet...

Den Profitmachern von heute sei gesagt, daß wenn sie damit rechnen, daß die Volksmassen fort-

an die Aushungerungspolitik, den Wucher, die Hungerlöhne, die Vernichtung und Demoralisierung der Jugend dulden werden — dann befinden sie sich in einem unheilvollen Irrtum.

Die Summe der sozialen Mängel, Unzulänglichkeiten und Nöte ist schon übergroß. Das brausende Wasser tritt schon aus den Ufern heraus.

Nicht ohne Grund wiederholt sich in allen Reden und Presseartikeln der Gedanke, daß das Dach über unseren Häuptern brennt.

Und die Pflasterchen und Brocken, die dem ausgehungerten Volke zugeworfen werden, können nicht mehr helfen.

Achtung, Parteibehörden der D. S. A. P. Lodz.

Sonnabend, den 23. d. M., 1/2 7 Uhr abends, findet in der Redaktion der „Lodzzer Volkszeitung“, Petriauerstraße 109, eine

Bersammlung

des Hauptvorstandes sowie der Vorstände der Ortsgruppen Lodz-Zentrum, Süd und Nord mit den Stadtverordneten der D. S. A. P.

in Sachen der Lodzzer städtischen Selbstverwaltung

statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder der vorerwähnten Instanzen ist unbedingt erforderlich. Schriftliche Einladungen erfolgen nicht.

Die Stadtverordnetenfraktion.

Der Doppelgänger des Herrn Emil Schnepfe.

Roman von Carl Schäfer.

(27. Fortsetzung.)

Herr Rotmüller aus Eibersfeld schien von den Ausführungen des Direktors Labwein, trotz der temperamentvollen Art, in der er sie vorgeiragen hatte, nicht ganz beruhigt zu sein.

„Sollten Sie da vielleicht nicht doch Ihren Einfluß etwas überschätzen, Herr Direktor,“ fragte er. „Gewiß ist der Herr, den Sie nannten, ein reicher Mann, der sich zu behaupten wissen wird. Sie sagten doch selbst, Präsident Alvarez wäre Geldgeschenken gegenüber nicht unempfindlich.“

„Ich sagte: Er nimmt von Freunden Geschenke an!“ korrigierte Labwein die Ansicht seines Besuchers. „Der Konsul Rosenberg zählt aber nicht zu den Freunden des Präsidenten. Er gehört von jeher zur Gegenpartei. Das weiß auch der Präsident. Es bedarf nur eines kleinen Anstoßes, und der Herr Rosenberg ist gestürzt. Dieser Anstoß liegt in meiner Brieftasche. Hier!“

Er schlug sich ein paarmal bedeutungsvoll auf die Brust.

Dorival senkte den Kopf. Er tat, als überlege er. In Wirklichkeit wollte er seinem Gegenüber sein triumphierendes Lächeln nicht zeigen. Also nicht im Geldschrank pflegte Herr Labwein den Brief aufzubewahren, sondern er trug ihn mit sich herum. Das vereinfachte die Sache sehr!

Labwein, der annahm, sein Besucher stoße sich an der Höhe der geforderten Summe, versuchte dem Eibersfelder die Hergabe des Geldes schmackhafter zu machen.

„Sehen Sie, Herr Rotmüller,“ sagte er, „Sie sind mir sehr sympathisch. Ich weiß, wir werden Freunde wer-

den. Ich besitze Menschenkenntnis, das können Sie mir glauben. Ich sehe Ihnen an, Sie sind ein ehrlicher Mann. Mit einem ehrlichen Mann mache ich gern Geschäfte. Und ich werde mit Ihnen Geschäfte machen. Das Geld, das Sie jetzt ausgeben, um Generalkonsul zu werden und den Großherren der Ehrenlegion von Costalinda zu erhalten, werde ich Ihnen zurückgeben, innerhalb von zwei Jahren. Was sage ich, innerhalb von einem Jahr. Ich werde Sie in den Aufsichtsrat von einigen großen Gesellschaften bringen. Sie werden Lantlemen vom Reingewinn erhalten, die höher sind wie ein Ministergehalt. Ernennen Sie mich zu Ihrem Hofbankier, und ich werde Ihnen Geschäfte zuweisen, an denen Sie in einem Jahr das Doppelte von dem verdienen, was Sie jetzt ausgeben. Lassen Sie mich nur dafür sorgen. Interessieren Sie sich für Patente?“

„Später, später“, verzögerte Dorival den Geschäftsmann. „Heute noch eine Frage: Dürft sich die Sache nicht etwas beeilen? Sie meinten, Sie hätten drei bis vier Monate nötig, um die Geschäfte in Ordnung zu bringen. Könnte nicht innerhalb von zwei Monaten die Sache geregelt sein?“

Herr Labwein lächelte verständnisvoll. „Sie wollen gern heiraten? Verliebte Leute sind immer ungeduldig. Nun, ich will sehen, was ich machen kann. Ich reise in der nächsten Woche nach England. Wissen Sie zu wem? Zu einer der bedeutendsten Persönlichkeit in der ganzen europäischen Geschäftswelt. Sehen Sie hier, lesen Sie den Namen.“

Er holte von seinem Schreibtisch einen Brief, hielt seine Hand schützend über den Text des Briefes und ließ seinen Besucher nur den Briefkopf lesen. Der Brief war abgefaßt von Howard Frederik Borsford in Liverpool.

„Die Firma wird Ihnen doch bekannt sein?“ fragte, mit einem Anflug von Stolz, Herr Direktor Reich Labwein. „Natürlich“, staunte der Eibersfelder Fabrikant, „das ist ja die größte Baumwollfirma Englands. Mit den Leuten stehen Sie in Verbindung?“

„Ich besitze eine persönliche Einladung des Sir By-

ford“, prahlte Direktor Labwein. „Er bittet mich, zu einer Konferenz nach Liverpool zu kommen. Sie wissen doch, man nennt ihn den Baumwollkönig. Da sehen Sie, daß ich nicht nur mit Präsidenten, sondern auch mit Königen auf gutem Fuße stehe. Ich will Ihnen einen Vorschlag machen, Herr Rotmüller. Ueberlegen Sie sich die Sache bis morgen und geben Sie mir morgen Bescheid. Wenn Sie aber wollen, dann ist Vorauszahlung meine erste Bedingung.“

„Ich nehme Ihren Vorschlag an“, erklärte Dorival und erhob sich. „Ich werde die Sache beschlafen. Morgen teile ich Ihnen meine Entscheidung mit. Ich glaube, daß ich das Geld opfern werde. Ich würde dann morgen nachmittag nach Eibersfeld fahren, um das Geld flüssig zu machen. Ich kann in zwei Tagen, also am Sonnabend, mit dem Geld wieder zurück sein. Sie hätten es also noch vor Ihrer Reise nach England. Ist Ihnen das recht?“

„Vollkommen, mein lieber Herr Rotmüller.“

„Ich würde morgen vormittag wieder um diese Zeit bei Ihnen sein. Es wäre mir lieb, wenn ich nicht zu warten brauchte. Weil ich doch mit dem Mittagszug schon nach Eibersfeld fahren möchte.“

„Ich werde mich zu Ihrer Verfügung halten und meiner Bärrovorsteherin Anweisung geben, daß ich für niemand zu sprechen bin. Mein lieber Herr Rotmüller, es hat mich sehr gefreut, Sie kennen gelernt zu haben.“

Er drückte Dorival die Hand in fester, bieder männlicher Art.

„Ich hoffe, Ihnen dienen zu können.“

Er ahnte nicht, was für Gedanken in diesem Augenblick das Hirn seines Gegenübers durchkreuzten. Einen Augenblick lang nämlich durchzudte Dorival der heisse Wunsch, den kleinen Mann durch einen kräftigen Faustschlag zu betäuben und ihm den Brief zu entreißen. Ein bißchen Brutalität, und er war im Besitz des Briefes.

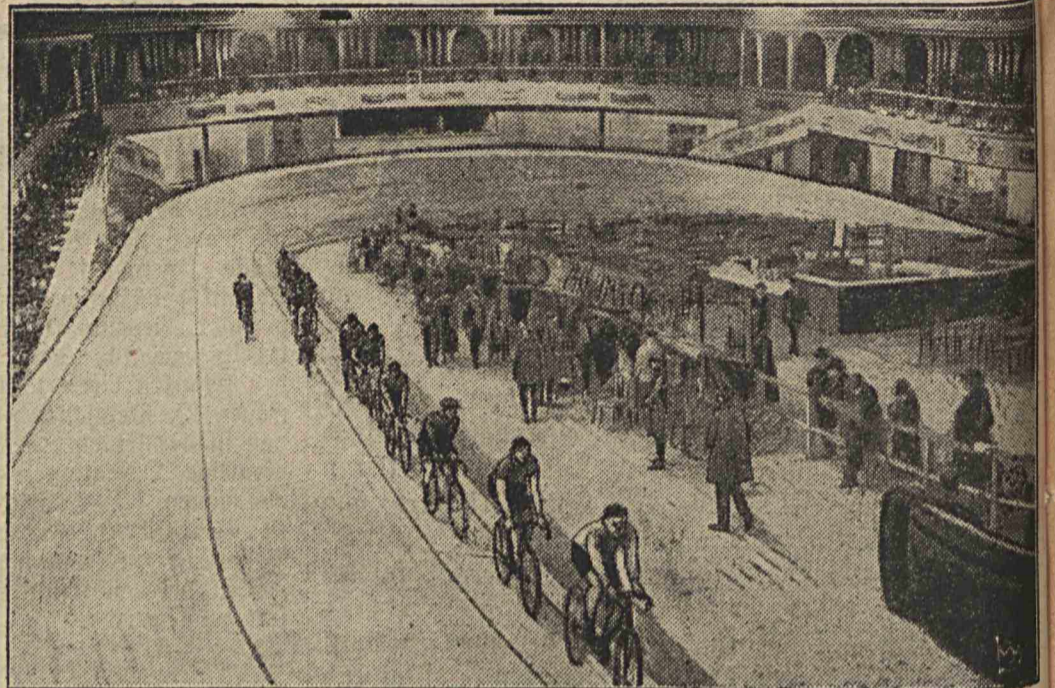
Er wunderte sich selbst, wie er ruhig lächeln konnte, wie er es aber sich brachte, seinem Gegner die Hand zu drücken, sich höflich zu verabschieden...

(Fortsetzung folgt.)

Die Sechstagerennen in Berlin.



Am Start.



Die Rennen zu später Nacht.

Eine folgenschwere Explosion.

Die Explosion in der Hirschenstraße, von der wir vor einigen Tagen kurz berichtet haben, ist wohl die folgenschwerste Explosion, die seit Jahren in Berlin zu verzeichnen war. Offenbar infolge einer Gasexplosion vom Keller aus ist das Haus vom Keller bis zum Dachboden vollkommen zusammengestürzt. Es sind zehn Todesopfer zu beklagen. Zwölf Personen sind schwer, zwanzig leicht verletzt. Einzelne der Schwerverletzten dürften kaum noch mit dem Leben davorkommen. Unter den Trümmern sollen noch zwei oder drei Personen liegen, die bisher noch nicht gerettet werden konnten. Sekundenlang hörte man das Klirren der Fensterscheiben, das Krachen und Prasseln von Holz, Eisen und Mauerwerk und die Schreckensschreie der Menschen. Die Mauern waren eingestürzt, Hausgeräte, Bilder, Menschen wurden aus vier Stockwerken in die Tiefe gerissen und teils unter den Trümmern begraben, teils auf die offene Straße geschleudert. Einige Minuten nach der Katastrophe erschien bereits eine große Anzahl von Beamten und Wagen des städtischen Rettungsamtes, sowie mehrere Löschzüge der Feuerwehr. Der Brand konnte bald gelöscht werden.

Den Rettungsbeamten bot sich ein schreckliches Bild. Zwischen schweren Eisenträgern, Balken und großen Steinmassen lagen die um Hilfe schreienden Verletzten. Mehrere Automobile, die in der Nähe der Häuser hielten, wurden auf den Bürgersteig geschleudert und zerstört. In der ganzen Straße ist keine Fensterscheibe ganz geblieben. In den gegenüberliegenden Wohnungen und Geschäftsläden wurde durch den Luftdruck alles demoliert und sie bieten ein Bild größter Verwüstung. Die Panik unter den Anwohnern war ungeheuer und viele waren noch nachmittags unfähig, etwas zu unternehmen oder irgend welche Angaben zu machen.

Mord durch Hungerqualen.

Auf grausame Weise hat sich der Hofbesitzer Franz Keiml in Obergassolding (Oberösterreich) im Einverständnis mit seiner Frau seiner bei ihm wohnenden, ledigen, 46 Jahre alten Schwester Marie entledigt, um für ihren Unterhalt nicht mehr aufkommen zu müssen. Die erkrankte Unglückliche wurde von ihrer Schwägerin und ihrem Bruder in einer Kammer mit schweren Schlössern und Stricken gesichert, eingesperrt und bis zu ihrem vor einigen Tagen erfolgten Tode nicht mehr herausgelassen. Der Schwerkranken wurden unverdauliche Speisen nur in ganz kleinen Mengen verabreicht und ihr zugerufen, daß sie entweder aufstehen oder sterben solle. Die Bitte um ärztliche Hilfe wurde abgeschlagen, ebenso der Zutritt der auferwehlichen Tochter verweigert. Das Opfer starb schließlich an den Folgen der Verwahrlosung und Enttäufung.

Ein Kriegsmaler, der sich selbst verleugnet.

Wie die „Millgate Monthly“ in ihrer Dezembernummer mitteilt, hat der englische Maler Revinson die Direktion der „Tate Gallery“ in London ersucht, ein von ihm ausgestelltes Schlachtenbild wieder aus der aufgehängten Kollektion zu entfernen. Zur Begründung dieses Gesuchs macht der Künstler geltend, daß er sein Gemälde jetzt nachträglich als das schlimmste aller Bilder betrachte. Er will sich nämlich unter die Zuschauer gemengt und konstatiert haben, daß nur Kriegskriegleranten und zweifelhafte Damen an seinem Werk Gefallen fanden. Diese lobenswerte Schwentung des englischen Künstlers legt den Wunsch nahe, es möchte auch in anderen Ländern ein wenig in den Galerien nach derartigem kriegerischen Pinfelgewächs Umschau gehalten und das in diesem Artikel Entbehrliche ausgemerzt werden.

Ein neues Pharaonen-Grab entdeckt.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ veröffentlicht unter dem Titel „Grab 7000“ ein Rundschreiben der Harvard Boston Expedition, die unter Leitung von Dr. Reisner seit 20 Jahren im Gebiete der Pyramiden von Gizeh Ausgrabungen vornimmt, daß die Ausgrabungskommission an der Ostseite der Cheops-Pyramide in einer Tiefe von 100 Fuß auf dem Grund eines Schachtes eine Grabkammer entdeckt habe, die offenbar das Grab des Pharaos Senefru sei, der im Jahre 5894 vor Christi Geburt regiert habe. Die Grabkammer enthalte einen großen Alabaster Sarkophag, über dem ein großer goldener Baldachin sich befinde. Außerdem sehe man in dem Raum überall Gold glänzen und viele Kunstgegenstände und Ornamente aus Gold, Elfenbein und anderen Metallen. Der Fund der Harvard Boston Expedition wird in dem Rundschreiben als die größte Entdeckung gefeiert, die seither bei den Ausgrabungen in Ägypten gemacht worden ist.

Vereine • Veranstaltungen.

Staszie-Fest im Christlichen Commissionsverein z. g. u. in Łódz. Uns wird geschrieben: Wir weisen nochmals im empfehlenden Sinne auf den heutigen Vortrag, welchen Herr Schriftsteller Carl Heinrich Schulz anlässlich des 100jährigen Todestages des großen polnischen Staatmannes und Nationalökonomens „Stanisław Staszie“ halten wird, beliens hin, und werden zu dieser Feier alle Mitglieder und Freunde des Vereins herzlich eingeladen. Beginn punkt 9 Uhr abends.

Deutsche Theateraufführung im Schul- und Bildungsverein. Wie wir erfahren, sind die Proben des schönen musikalischen Werkes „Liebe im Schnee“ des Wiener Operettenkomponisten Ralph Benatzky im vollen Gange. Das Stück, das auf den größten Wiener Operettenbühnen sowie auch auf den anderen deutschen Bühnen mit dem größten Erfolg gespielt wurde, wird bestimmt auch für unser theaterarmes Łódz zu einem musikalischen Ereignis werden. Die Regie und musikalische Leitung liegt in sachmännischen Händen des hier bekannten Kapellmeisters Joseph Stabernak, der schon mehrere Jahre auf diesem Gebiet an verschiedenen größeren deutschen Bühnen tätig war. Die Hauptpartien sind besetzt durch Fräulein Ruth Kené, ehemalige Primadonna der Hamburger Oper, und den in unserer Gesellschaftskreisen bestens bekannten Tenor Herrn Julius Kevger. Eine der Partien hat in lebenswürdiger Weise Frau Edita Fischer als Gast übernommen. Die übrigen Rollen sind durch hierorts bestens bekannte und befähigte Schauspielerkräfte besetzt. Den musikalischen Teil wird das gut eingespielte Vereinsorchester, welches für dieses Werk noch verstärkt wird, und der Vereinschor die Aufführung zu vollem künstlerischen Erfolg verhelfen. Die Tänze sind vom Balletmeister Majewski einstudiert. Angesichts dieser ausgezeichneten Kräfte und der vielversprechenden Vorbereitungen ist zu erwarten, daß es sich kein Deutscher nehmen lassen wird, die Vorstellung zu besuchen, umso mehr als es gilt, ein Unternehmen zu unterstützen, das uns noch mit manch einer Vorstellung die sorgenschwere Zeit zu tragen helfen wird. — Der Billetvorverkauf findet statt in der Drogerie von Arno Dietel, Weirkauserstraße 157.

Sport.

Houben erkrankt. Der am vergangenen Freitag in Neuwied eingetroffene deutsche Meisterpiloter Houben ist plötzlich an einer Halsentzündung erkrankt, die von den ihn behandelnden Ärzten auf den Klimawechsel zurückgeführt wird. Der Arzt des Amateursportverbandes John J. Walsh erklärte, daß sich Houben wahrscheinlich einer Mandeloperation unterziehen müsse.

Vereinigung jüdischer Sportvereine. Wie wir erfahren, haben die jüdischen Sportvereine „Halach“, „Bar

Rocheba“ und „Hasmonea“ sich zu einem Sportklub unter dem Namen „Makkabi“ vereinigt. Der Sitz des Klubs wurde in der Poludniowastraße 11 aufgeschlagen.

15. Berliner Sechstagerennen.

Der Stand des Rennens nach der Nachmittagswertung am Montag ist nun folgender: 1. Hahn—Tiek 77 Punkte. Eine Runde zurück: 2. Rieger—Storgetti 182; 3. Mac Namara—Goran 175, 4. Tonant—Salchow 149; 5. Bauer—Gottfried 88, 6. Berlyn—Debaets 72, 7. Gebrüder Vandenhove 65 Punkte. Zwei Runden zurück: 8. Lorenz—Krupkat 75 Punkte. Drei Runden zurück: 9. Dewolf—Stodelynd 131 Punkte, 10. Lewanow—Müller 94 Punkte, 11. Sawall—Kofellen 36 Punkte.

Um 8 Uhr abends gaben Salchow wegen Verleumdung und um 9 Uhr Kofellen wegen Blinddarmentzündung das Rennen auf! Die beiden Partnerlosen Sawall und Tonant bilden eine neue Mannschaft mit zwei Verluststunden und 93 Punkten. In den Abendstunden entsefset Mac Namara—Goran eine fabelhafte Jagd. Die Amerikaner können eine halbe Stunde ausfallen. Die darauffolgenden 10 Spurts zeigten eine glänzende Fahrt. Besonders zu erwähnen ist das Paar Mac Namara—Goran. Nach dem Ausfahren dieses Spurts entsefset Müller eine wilde Jagd. Er wird von Lewanow gut abgelöst; und gewinnt so eine Runde. Tonant ist der erste, der hier nachsetzt und mobilisiert so das ganze Feld. Das Publikum brüllt, übersteigt sich im Anfeuern. Tonant—Sawall können ebenfalls eine Runde gewinnen. Inzwischen erscheint am Transparent die Mitteilung, daß eine Prämie für nur deutsche Fahrer ausgesetzt ist. Diese Hintanzetzung der ausländischen Fahrer läßt sich das Publikum mit Recht nicht gefallen. Ein wüstes Gellen und Pfeifen löst durch die Halle. Am Transparent erscheint darauf eine rückgängige Mitteilung, die das Haus abermals mit Johlen und Pfeifen beantwortet. Inzwischen ist der Rennauskunft zur Beratung zusammengetreten und teilt mit, daß Tonant—Sawall und Müller—Lewanow eine Runde gewonnen haben. Dewolf—Stodelynd kann die gewonnene Runde wegen schlechter Abblöschung nicht zuerkannt werden. Hahn—Tiek, Bauer—Gottfried erhalten eine Strafrunde wegen schlechter Abblöschung. Der Stand des Rennens ist nach dieser Entscheidung folgender: Spitzengruppe Mac Namara—Goran 201, 2. Rieger—Storgetti 195, 3. Tonant—Salchow 100, 4. Hahn—Tiek 84, 5. Berlyn—Debaets 72, 6. Gebrüder Vandenhove 65 Punkte. Eine Runde zurück: Bauer—Gottfried 103. Zwei Runden zurück: Lorenz—Krupkat 59. Drei Runden zurück: Dewolf—Stodelynd 156, Müller—Lewanow 109.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens. Fraktionsführung.

Am Sonnabend, den 23. Januar, 6.30 Uhr abends, findet in der Redaktion der „Łódzker Volkszeitung“ eine Sitzung der Stadtverordnetenfraktion statt, zu der auch alle Beiräte dringend eingeladen werden.

Sonntag, den 24. Januar, punkt 9 Uhr, findet im Parteilokale, Jamenhofa 17, die 3. ordentliche Sitzung des Parteirates statt. Die Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt schriftlich.

Pünktliches und vollzähliges Erscheinen der Mitglieder des Parteirates und der Kontrollkommission erwartet der Vorsitzende.

Referententkurs.

Wegen der am Sonntag, den 24. Januar, stattfindenden Sitzung des Parteirates wird der Referententkurs auf den 31. Januar verlegt. Der Kursleiter.

Ortsgruppe Tomaszow.

Sonnabend, den 23. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet im Saale Automerstraße 41 eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Der Hauptvorstand wird durch eines seiner Mitglieder vertreten sein. Die Mitglieder werden um pünktliches und vollzähliges Erscheinen gebeten. Der Vorstand.